

2. Neudruck

Antrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Qualität und Verbindlichkeit in der Erwachsenenbildung – ein Perspektivvertrag für Brandenburg!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, mit den Landesorganisationen der Weiterbildung, wie zum Beispiel dem Brandenburgischer Volkshochschulverband e.V., der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e. V. (LAG) oder dem URANIA-Landesverband Brandenburg e. V. sowie den Heimvolkshochschulen und Heimbildungsstätten, in Verhandlungen über einen mehrjährigen Perspektivvertrag für die Erwachsenenbildung zu treten. Ziel soll sein, dass die Landesorganisationen der Weiterbildung ihr Themenspektrum weiterentwickeln, ihre Arbeit an Qualitätsmaßstäben ausrichten und leistungsgerecht entlohnen. Der Perspektivvertrag beschreibt dabei die relevanten Aufgaben und Themenfelder der Erwachsenenbildung und definiert die Erwartungen an die Landesorganisationen der Weiterbildung. Besondere Beachtung soll hierbei der Weiterentwicklung der Grundbildungsangebote zukommen.

In dem Perspektivvertrag sollen qualitative Parameter für die Weiterbildung definiert und im Gegenzug die finanzielle Unterstützung aus Mitteln des Einzelplans 05 auf erhöhtem Niveau verstetigt, mindestens aber der Inflationsausgleich gewährleistet werden.

Begründung:

Bildung findet nicht allein in der Schule statt und endet auch nicht mit der Schulzeit. Lebenslanges Lernen ist nicht nur ein Schlagwort, sondern muss seinen Ausdruck in den Weiterbildungsangeboten öffentlicher und freier Träger finden. Landesorganisationen der Weiterbildung, in denen z.B. die Volkshochschulen mit ihren Regional- und Außenstellen, die Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung im Land Brandenburg e.V. und die URANIA Landesverband Brandenburg e.V. organisiert sind, sowie die Heimvolkshochschulen und Heimbildungsstätten bieten bereits heute ein ausdifferenziertes Angebot an allgemeiner, beruflicher, politischer und kultureller Erwachsenenbildung an. Ergänzt wird dieses breite Bildungsangebot durch besonders ausgestaltete Grundbildungs- und Alphabetisierungsangebote für spezifische Zielgruppen. Insgesamt ist es in den letzten Jahren gelungen, ein gutes und hochwertiges Weiterbildungsangebot zu etablieren.

Die Ansprüche an das lebenslange Lernen werden in den nächsten Jahren jedoch steigen. Um sowohl berufliche als auch gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen, braucht es eine Weiterentwicklung dieses ausdifferenzierten und qualitativ hochwertigen Weiterbildungsangebotes. Das Weiterbildungssystem der Zukunft

muss sich noch stärker als bisher den Bedürfnissen von Weiterbildungsbenachteiligten, darunter Geringqualifizierte, atypisch Beschäftigte und gebrochene Erwerbsbiografien, anpassen und bestehenden Barrieren – geringe Lernmotivation, mangelnde Lernberatung, fehlende Anerkennung für Lernergebnisse – begegnen. Hierfür bedarf es professioneller Partner, aber auch verlässlicher Strukturen.

In dem vorgeschlagenen Perspektivvertrag soll die angesprochene Verlässlichkeit durch eine mehrjährige Laufzeit gewährleistet werden. Das Qualitäts- und Angebotsspektrum soll beschrieben und verbindlich festgelegt werden, um eine Stärkung und Ausweitung der Erwachsenenbildung zu erreichen.

Dies kann nur gemeinsam und im Konsens mit den Trägern der Bildungsangebote geschehen. Ein Perspektivvertrag definiert nicht nur die Handlungsfelder und Ansprüche an die zukünftige Erwachsenenbildung, sondern schafft auch die notwendige Planungssicherheit für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Klaus Ness
für die Fraktion der SPD

Christian Görke
für die Fraktion DIE LINKE

Marie Luise von Halem
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN